

kennen. Und noch deutlicher schreibt am 20. September die sozialdemokratische „Münchener Post“:

Die Arbeiterkassen hat allen Anlaß, die Entwicklung der Rechtsprechung über die Haftung der Gewerkschaften für unzulässige Kampfhandlungen mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften schon in nächster Zeit sich auf eine neue Rechtsform umstellen müssen, wenn sie durch eine rückwärtsgerichtete und gewerkschaftsfeindliche Spruchpraxis wirtschaftlich nicht vernichtet werden wollen. Eine rechtliche Fixierung der zum Schadenersatz verpflichtenden „unzulässigen“ Kampfmaßnahmen wird kaum zu umgehen sein.

Die „Münchener Post“ tritt also klipp und klar dafür ein, daß die Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit erwerben sollen. Sie will, daß die Gewerkschaften anerkennen, daß sie für „unzulässige Kampfhandlungen“ mit dem Vereinsvermögen haften.

Die „Münchener Post“ vertritt nur die Ziele, die die Gruppierung und die Partei schon längst verfolgten. Es handelt sich um einen Vorstoß der arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaftsbureaucratie, die in Zukunft überhaupt keinen Streit mehr führen will. — Es ist ein Versuch, den freien Gewerkschaften den Kampfcharakter überhaupt zu nehmen, sie als wirtschaftsfriedliche Organisationen zu erklären.

Die ADGB-Bureaucratie behauptet jetzt, daß sie nur die Hauptpflicht für „unzulässige Kampfhandlungen“ anerkennen wolle. Was aber sind unzulässige Kampfhandlungen? Die ADGB-Bureaucratie erklärt, das seien Streiks, die unter Aufsicht geführt werden oder nachdem ein verbindlich erklärter Schiedspruch gefällt worden ist. Schon bisher wollten die ADGB-Führer auf jeden Kampf verzichten, wenn die staatlichen Schlichter einen Schiedspruch für verbindlich erklärt hätten. Sie wollten Unterwerfung unter den Spruch eines Schlichters des kapitalistischen Staates, der kapitalistischen Klasse. Jetzt wollen sie außerdem noch ein Knebelungsgesetz, jetzt wollen sie die Hauptpflicht anerkennen, jetzt wollen sie die Gewerkschaften als „juristische Personen“ eintragen lassen, um diese arbeitgemeinschaftliche Praxis fortführen zu können. Sie wollen den Arbeitern zeigen, daß sie nicht streiken dürfen, weil sonst das Vereinsvermögen geraubt und die Organisation zerstört werde.

Wenn aber die arbeitgemeinschaftlichen ADGB-Führer zu diesen Verbrechen die Hand bieten, so ist noch gar nicht gesagt, ob die Klassenjustiz nicht noch weiter geht, als selbst die Großmänner wollen. Wenn die Klassenrichter entscheiden können, was „unzulässige Kampfhandlungen“ sind, so haben sie jederzeit die Möglichkeit, die freien Gewerkschaften finanziell lahmzulegen. Jeder Arbeiter versteht die Tragweite.

Darum müssen die Freigewerkschaftler überall gegen den infamen Plan Sturm laufen. Die von der Klassenjustiz geforderten Schandgesetze müssen im Kampf zu Fall gebracht werden, ebenso wie die von Kälz vorbereitete Neuaufgabe des alten wilhelminischen Reichsvertrages, das ebenfalls die freien Gewerkschaften und das Koalitionsrecht vernichten soll. Es gibt nichts anderes! Die freien Gewerkschaften dürfen nicht freiwillig die Hauptpflicht anerkennen. Sie dürfen niemals darauf verzichten, auch gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch eines Schlichters zu kämpfen. Denn ein solcher Verzicht wäre die Preisgabe des Streikrechts überhaupt.

Arbeiter, erkennet, welche Gefahren durch das Bündnis Silberberg-Verpart heraufbeschworen worden sind! Kämpft in allen Gewerkschaften zur Abwehr. Tretet der falschen demagogischen „Beweisführung“ des „Vorwärts“ und der reformistischen Führer entgegen.

Verteidigt das Streikrecht!

Sür den internationalen Kohlenstreik

Starke Bewegung unter den rheinischen Bergarbeitern.

Essen, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Verlust der Jahreshälfte Datteln des Bergarbeiterverbandes, in dem von der Reichsleitung des Verbandes am kommenden Sonntag der Streikbescheid für den 1. Oktober gefordert wird, findet in der Ruhrbergarbeiterkassen-Widerhall. Fast überall, wo die Bergarbeiter zum Schiedspruch, der ganze 4 Prozent Lohnerhöhung vorsieht, Stellung nehmen, lehnen sie ihn einstimmig ab, und zwar eben hierbei kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter-einige. Das ist deshalb besonders wichtig, weil der Bergarbeiterverband die Annahme des Schiedspruchs empfohlen hat. Gestern Abend hat z. B. die Jahreshälfte Postpost 2 des Bergarbeiterverbandes einstimmig den Schiedspruch abgelehnt. Die allgemeine Forderung ist die, zur Unterstützung des englischen Bergarbeiterkampfes und zur Durchsetzung der eigenen Forderungen den internationalen Bergarbeiterstreik herbeizuführen.

Jetzt bekommen die deutschen Arbeiter schon die Auswirkungen des vollständigen Bergens der amerikanischer Gewerkschaften beim englischen Bergarbeiterstreik zu spüren. Die Unternehmers lehnen einfach jede Lohnerhöhung ab. Der Verband steht gegen die Bergarbeiter. Aufgabe der gesamten Arbeiterkassen ist es, entschieden die Aufnahme des Kampfes zu fordern.

„Schwarz-weiß-rote Sowjetfront“

Unter dieser Überschrift veranfaßt die „Volkszeitung“ gestern eine wüste Kommunistenrede, weil die SPD die Gemeindeführer zu den Grund- und Gewerkschaften abgelehnt hat. Die SPD erklärt wieder einmal, daß die Ablehnung der Grund- und Gewerkschaften ein Geschenk an die Bürgerlichen wäre. In Wirklichkeit heißt das, daß diese Steuern sofort eine starke Belastung der Massen mit sich bringen. Die Gemeindeführer werden auf die Massen aufmerksam, die Grundbesitzer werden von den Hausbesitzern beunruhigt, um die Steuern zu erhöhen.

Wir haben gefordert, daß nicht eine Belastung der Massen durch die Steuererhöhungen eintreten soll, sondern daß die Gemeinden vom Reich höhere Zuschüsse aus der Vermögenssteuer erhalten. Es ist nichts anderes als wüste Propaganda, wenn die „Volkszeitung“ demagogisch von der Belastung der Arbeiter spricht, obwohl in Zahlen wie im Reich haben die Kommunen mehrheitlich die Aufhebung der Lohnsteuer gefordert. Die SPD hat sich ständig gegen diese Forderung gewendet. Sie hat versucht die parlamentarischen Anträge, sowie auch die außerparlamentarische Aktion der Arbeiter gegen diesen Steuerdruck abzuschleimen.

Die SPD wird sich durch das Geschrei der SPD nicht beirren lassen und bei ihrer ablehnenden Haltung gegen diese Forderungen bleiben.

Lohnerhöhung in Sowjetrußland

Die niedrig entlohnten Arbeiter.

(Sankt-Peterburg.) Der Rat der Volkskommission hat die Forderung beschlossen, die Löhne für die Arbeiter der Industrie um 10 Prozent zu erhöhen. Diese Forderung ist für die Arbeiter der Industrie ein großer Gewinn. Die Löhne der Arbeiter der Industrie sind im Vergleich zu den Löhnen der Arbeiter der Landwirtschaft und der Dienstleistungen sehr niedrig.

ner und Post- und Telegraphenangehörigen und fordert zugleich auf, die Verwaltungs- und Wirtschaftlichen der staatlichen Industrie, Transport-, Post- und Telegraphen- den staatlichen Industrie. Anlässlich dieser Resolution erklärte der Vorkommis für Arbeit der Sowjetunion, Schmidt, daß die Erhöhung des Arbeitslohnes für die Arbeitergruppen mit niedrigem Arbeitslohn annähernd 10 Prozent betrage.

Austritte aus der Deutschnationalen Partei

Dresden, 24. Sept. Der deutschnationale Stadtoerdbote Raunoister Großmann, Dresden, ist aus der deutschnationalen Stadtoerdbotenfraktion und aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten und hat seinen Eintritt in die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) vollzogen.

Chinas Anklage an den Völkerbund

Genf, 24. Sept. (Telefon.) Zu Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung der Völkerbundsammlung gab der chinesische Vertreter Tschu im Namen seiner Regierung die Erklärung ab, daß am 2. Juli, am 2. August und am 29. August mehrere englische Schiffe von Japan in voller Fahrt durchqueren hätten. Kleineere Boote und Dampf- oder Elektroschiffe wären durch die englischen Schiffe gerammt worden. Mehr als 100 Passagiere, Offiziere und Soldaten hätten den Tod gefunden. Als die chinesischen Behörden Soldaten an Bord der englischen Schiffe geandt hätten, sei ein englischer Kreuzer, der sich in der Nähe befand, erschienen. Er habe die Dörferbewohner zu beiden Seiten des Flusses bedroht und seine Kanonen auf sie gerichtet. Die chinesischen Behörden seien verpflichtet gewesen, die englischen Schiffe zurückzuführen und hätten hierauf dem englischen Konsul in Kanton Mitteilung gemacht. Bevor die Angelegenheit hätte geregelt werden können, habe sich leider noch ein viel schlimmerer Zwischenfall ereignet. Ein englisches Kanonenboot habe am 3. September das Feuer auf Gendarmen der Stadt Wankien eröffnet.

Mehr als hundert von ihnen seien getötet worden. Etwas später hätten andere englische Kreuzer mit schwerer Artillerie die Stadt erneut beschossen. Mehr als 100 Häuser seien zerstört und Tausende von Einwohnern während des Bombardements getötet worden. Den chinesischen Truppen sei es schwer gefallen, sich zu verteidigen. Die chinesische Regierung habe sofort verurteilt, die Angelegenheit auf friedliche Weise beizulegen. In dieser außerordentlich ernsten Lage, die geeignet gewesen sei, den internationalen Frieden in seinem Ursprung zu bedrohen, habe die chinesische Delegation den Auftrag erhalten, diese Tatsachen zur Kenntnis der Völkerbundsammlung zu bringen.

Auslandswochenchau

England und die deutsch-französische Annäherung. — Frankreich und Sowjetrußland. — Rumänien's Bündnis. — Die besarabische Frage. — Die neuen Siege der Kantounarmee. — Der Separatismus im britischen Weltreich.

A. D. Die englische Presse begleitet die deutsch-französische Annäherung mit lauernden Betrachtungen. Selbstverständlich ist der englischen Bourgeoisie ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten nicht erwünscht, sofern es keine Spitze gegen England richtet. So erregt beispielsweise die Bildung des mittel-europäischen Wirtschaftsrates in den englischen Wirtschaftskreisen großes Mißfallen. Es sind schon öfters englische Einflüsse von denen die britischen Industriellen sich leiten lassen, wenn sie die Unterwerfung des Europas immer weiter hinauszuziehen. Es ist auch daran erinnert, wie von englischer Seite die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über Cuxen-Malmödy sabotiert wurden. Die deutsch-belgischen Abmachungen über die Rückgabe der beiden Kreise fanden kurz vor dem Abschluß, als plötzlich ein im englischen Dienst stehender russischer Entlang. Nr. unter dem Namen Agus schreibt die bisher geheim gehaltenen Verhandlungen in die englische Presse druckte. Die Bombe platze, die französischen Nationalitäten wurden nervös. Vorwärts wurde verlangt, zu protestieren, so überließ das Cuxen-Malmödy-Kommando. Die Engländer aber konnten in Berlin darauf hinweisen, daß der französische Widerstand die Erfüllung der deutschen Wünsche verhindert habe! Ein ähnliches Spiel ist auch jetzt wieder nach der Konferenz von Thoiry versucht worden. England und Streikmann hatten sich verpflichtet, den Inhalt ihrer Besprechungen geheim zu halten. Es gelang, die beiden beteiligten Regierungen zu den Berichten ihrer Außenminister Stellung nehmen zu lassen. Streikmann ist aber gewohnt, alle seine Pläne und Gedanken seinem Oberverwandt Chamberlain zu unterbreiten, und die englische Regierung sorgte dafür, daß der Inhalt der Besprechungen von Thoiry sofort in die Presse kam. Die Arbeiterkassen hat zwar wahrlich nichts dagegen, wenn diplomatische Geheimnisse enthüllt werden, aber in diesem Falle soll doch festgestellt werden, welchem Zweck die Redigierung der englischen Presse dient: Es sollte der auswärtige rechte Flügel der französischen Bourgeoisie, der gegen die deutsch-französische Verständigung ist, aufgepuscht werden. Das englische Manöver ist aber diesmal mißglückt, weil die maßgebenden Männer Frankreichs das Verhältnis zu Deutschland nicht nach Stimmungen und Meinungen, sondern nach sehr realen Gesichtspunkten einrichteten wollen.

Die offizielle englische Politik hätte sich freilich, irgendwie eine Unruhenzeit über die deutsch-französische Annäherung zu äußern. Im Gegenteil, man versichert in London, daß die Beseitigung der deutsch-französischen Beziehungen durchaus dem Geist von Locarno entspricht und daß die Locarno-Politik in erster Linie ein englisches Wert ist. So wenig man in England einen selbständigen kontinentalen Block liebt, so sind doch folgende Tatsachen bei der Beurteilung der gegenwärtigen Situation nicht zu übersehen: Erstens denkt Streikmann nicht daran, seinen Verhandlungen mit Frankreich eine englandfeindliche Note zu geben. Die Überzeugung von der Notwendigkeit guter deutsch-englischer Beziehungen ist im Berliner Auswärtigen Amt gerade durch den Eintritt in den Völkerbund neu belebt. Zweitens will sich die englische Diplomatie immer bemühen, durch Konstellationen eines offenen Bruch mit Frankreich zu verhindern. Seit Ende des Weltkrieges hat mehrfach sehr ernste Spannungen zwischen England und Frankreich eingetreten. Es ist nur an die Zeit der Ruhrbesetzung erinnert. Aber es ist noch sehr oft wieder gelungen, die Entente nicht allzu sehr zusammen zu rücken. Der englisch-französische Gegensatz ist zwar im Welten der imperialistischen Entwicklung bestanden, aber beide Teile haben sehr Interesse daran, zur Zeit daraus einen offenen Konflikt zu machen. Endlich beruht der Plan von Thoiry auf einem riesigen Finanzgeschäft, das ohne Amerika nicht möglich ist. Frankreich wird nur dann das betriebe Gebiet räumen, wenn es einige Goldmilliarden in bar durch die Flüssigmachung der deutschen Eisenbahnobligationen beziehen könnte. Die deutschen Eisenbahnobligationen sind aber selbstverständlich nur auf dem amerikanischen Markt unterzubringen. Wenn der Plan gelingt, so wäre dies die größte Finanzoperation der Nachkriegszeit. Selbst die vielbesprochene Dawesanleihe für Deutschland betrug nur 200 Millionen Goldmark. Diesmal wäre vielleicht der fünfstufige Betrag erforderlich. Es ist klar, daß die amerikanischen Kapitalisten ein solches Geschäft nur zu Bedingungen machen, bei denen sie absolut sicher gehen und eine sehr fette Provision beziehen können. Ob überhaupt die ungeheure Transaktion durchzuführen ist, bleibt sehr zweifelhaft. Wenn sie aber gelingt, so bedeutet dies ein ganz neue Lage, deren Besonderheiten sich heute noch nicht bestimmen lassen. Selbst im besten Fall wird also die Durchsicht der Pläne von Thoiry noch lange Zeit in Anspruch nehmen.

Schon während der Rede des chinesischen Delegierten hat sich Lord Robert Cecil zum Wort gemeldet. Er behauptet, daß die Erklärung angebracht ist, die die chinesische Seite hier eine solche Erklärung abgegeben würde. Ich bedauere es aufrichtig, daß ich nicht in der Lage, auf Einzelheiten einzugehen, doch lenne ich die Tatsachen genau genug, um ausdrücklich erklären zu können, daß meine Regierung mit der von der chinesischen Regierung hier abgegebenen Erklärung nicht übereinstimmt. — Die Anschauung der britischen Regierung ist völlig verschieden von derjenigen, die hier von chinesischer Seite vorgebracht worden ist. Zur Zeit finden in China Verhandlungen statt, und ich hoffe, daß sie zu einem freundschaftlichen Ergebnis führen werden, doch glaube ich nicht, daß die Erklärung, die von der chinesischen Delegation hier abgegeben wurde, die friedliche Lösung der Streitfrage erleichtern werde.

Die schwersten Anklagen des chinesischen Völkerbundesdelegierten werden, wie dies die Rede Robert Cecil's beweist, vor dem Forum des imperialistischen Räuberbundes taube Ohren finden. Der Völkerbund erwies sich, das zeigt die chinesische Frage mit aller Deutlichkeit, nicht als der Weisheits- und unterwürdigsten Nationen und als das in allen Dingen geprüfte Friedensinstrument, sondern als der Bund einer internationalen Räuberbande, die nicht zurücktritt vor der brutalen Unterdrückung der Kolonialvölker und ihrer blutigen Niederwerfung, wenn die Profite der Imperialisten in Gefahr geraten.

Die Lage in China

London, 24. Sept. Die Truppen der Kantounarmee haben Kantschun, die Hauptstadt der Provinz Kiangsi besetzt. Ein britisches Kanonenboot wurde bei Schah beschoßen. Zwei weitere amerikanische Zerstörer sind in Santau eingetroffen.

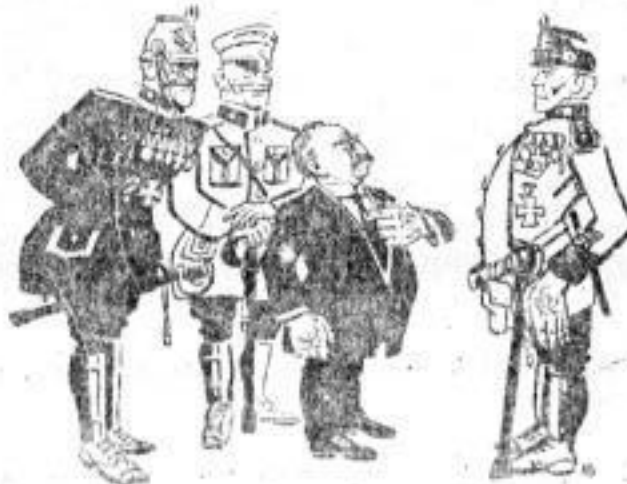
Peking, 23. Sept. (Anprellor.) Ueber die Lage in Santau wird berichtet, daß die Arbeiter, Bauern und Mittelsklasse den Kantountruppen freundschaftlich begegnen. Die besitzende Klasse befindet gegenüber den Kantounern Juridikalität; zahlreiche Vertreter der Bourgeoisie überredeten in die ausländischen Konsulationsbezirke.

Wuhang befindet sich noch immer in den Händen der Wapungs. Die Verhandlungen über die Übergabe haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Kantountruppen hoffen die Übergabe durch Belagerung zu erzwingen.

Auf Veranlassung der Kantounbehörden ist die Einfahrt von ausländischen Schiffen in den Hafen von Santau ohne vorherige Bewilligung untersagt, wobei die betreffenden Schiffe auch nach erfolgter Bewilligung nur bei Tage eingelassen werden.

Im Mittelpunkt der englischen Politik steht immer noch der Verhältnis zu Sowjetrußland. Darum ist für die Beurteilung des englisch-französischen Verhältnisses von entscheidender Bedeutung, wie Frankreich zu Sowjetrußland steht. Die herrschende Klasse Frankreichs hat nicht die wahnwitzige Auslandfeindschaft, wie sie die englischen Konventionen auszeichnet. Dennoch ist der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens zwischen Frankreich und Sowjetrußland bisher nicht gelungen, und zwar scheitert die Einigung immer wieder an französischen Widerständen. Ebenso ist der Abschluß des französisch-rumänischen Militärvertrages wirtschaftlich kein Freundschafsbeweis für Sowjetrußland. Frankreich verpflichtet sich darin, die bestehenden Grenzen Rumänien's zu verteidigen. Also auch Besarabien zu schützen, dessen Raub niemals von Sowjetrußland anerkannt worden ist. Da war Rumänien in seinem neuabgeschlossenen Vertrag mit Rumänien vorsichtiger. Die italienische Regierung erklärte ausdrücklich, daß sie den rumänischen Besitz von Besarabien nicht garantieren könne. Ein Vorbehalt, der in Bukarest und in Warschau peinlich berührt. Die französische Politik gegenüber Sowjetrußland verläuft durchaus im Sinne der englischen. Man sieht auch unter englischem Druck die deutsch-polnische Annäherung weitere Fortschritte. Schon heißt es, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag demnächst zum Abschluß gelangen wird. Freilich hat in Genf Erklärungen abgegeben, in denen er eine deutsch-polnische Einigung in der Korridorfrage empfiehlt. Herr Chamberlain kann also trotz der deutsch-französischen Annäherung mit der Gesamtfrage, wie sie sich in Europa für der Völkerbundstagung gestaltete, wohl zufrieden sein.

Am 10. September geht die Entwicklung für den englischen Separatismus in China. Der militärische Erfolg der Kantounregierung wird von Woche zu Woche größer. Die Truppen des Weihschärsten Wapungs sind in vollem Rückzug nach dem Kantoun. So ist in Süds- und Mittelschina nur noch ein Gegner Kantons übrig. General Sun, der Wapenshader in Schanghai und Nanjing, nach der Besetzung Wapungs werden sich die Kantountruppen gegen Sun. Sein Heer ist schon jahrelang den revolutionären Truppen nicht gemacht. Nach den neuesten Nachrichten aus China steht auch der Zusammenbruch der Weihschärstens bevor. Dann ist der größte Teil Chinas in der Hand der Kantounregierungen. Die englischen Kapitalisten stehen viele Erwartungen ziemlich ruhig gegenüber. Denn man weiß in London sehr gut, daß eine bewaffnete Intervention gegen die Kantounregierung kein militärischer Spaziergang wäre, sondern ein Krieg großen Stils. Ob die englische konterrevolutionäre Regierung einmal bei der Notwendigkeit des Bergarbeiterstreiks die Kraft hat, sich das englische Proletariat in einen Krieg zu ziehen, ist aber sehr zweifelhaft. Auch die Wahlen in Kanada brachten die Niederlage des britischen Imperialismus. Die konterrevolutionäre Partei Kanadas, die für die Reichseinheit eintritt, wurde geschlagen. Die Regierung Kanadas ist jetzt in der Hand der Liberalen, die zwar auch keinen offenen dramatischen Bruch mit England wollen, die aber für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit Kanadas sind. Der liberale Flügel der kanadischen Bourgeoisie sucht in erster Linie Anshluß an die Vereinigten Staaten. In einigen Wochen wird in London die britische Reichskonferenz zusammentreten. Es soll da verhandelt werden, eine einheitliche Weltpolitik Englands und seiner großen, sich selbstverwaltenden Kolonien zu erreichen. Auf der Konferenz wird sich die englische Regierung aber nur auf Australien und Neuseeland stützen können, während Kanada, Südafrika und Island eine offene separatistische Gruppe bilden werden. Es wäre töricht, schon für die nächste Zeit einen Zusammenbruch des britischen Weltreiches zu prophezeien. Aber die inneren Gegensätze innerhalb des britischen Reiches, der wachsende Widerstand der Arbeiterkassen, die Auflehnung unterdrückter Völker, die Sonderbestrebungen der Dominion's (Selbstverwaltungscolonien) treten von Jahr zu Jahr stärker zutage.



Seyewitz: Mehr Rumor als sei Die Befehl.